

881 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht

des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (861 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend Veräußerung der Bundesaktien an der Erste Wiener Hotel AG sowie von unbeweglichem Bundesvermögen

Mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf soll der Bundesminister für Finanzen ermächtigt werden, die Aktien des Bundes an der Erste Wiener Hotel AG im Nominale von 49 719 000 S um 510 Millionen Schilling zu veräußern.

Die wesentliche Substanz dieser AG stellt deren Liegenschaftsbesitz Kärntner Ring 9—13, Akademiestraße 5—7 und Mahlerstraße 10—12 in Wien dar.

Der Kaufpreis für das Aktienpaket soll in Raten in den Jahren 1989 bis 1991 entrichtet werden, wobei die letzte Rate am 1. März 1991 bzw. mit tatsächlicher Räumung fällig werden soll.

In diesem Zusammenhang soll der Bundesminister für Finanzen ebenfalls ermächtigt werden, die in seinem Besitz stehende und für Bundeszwecke

entbehrliche Liegenschaft Mahlerstraße 14 um 19 Millionen Schilling zu veräußern.

Nach der Rechtsauffassung des Bundeskanzleramtes — Verfassungsdienst unterliegen die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Finanzausschuß hat den gegenständlichen Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 22. Feber 1989 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Kfm. Dr. Keimel und Dipl.-Vw. Dr. Lackner sowie der Bundesminister für Finanzen Dipl.-Kfm. L a c i n a.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (861 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1989 02 22

Dr. Feurstein
Berichtersteller

Dr. Nowotny
Obmann